

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

25. August 2021
03.2021

Die LINKE hat den Afghanistan-Krieg immer abgelehnt. Leider zu recht: Zehntausende Afghanen und tausende NATO-Soldaten sind gestorben. Allein der Bundeswehreinsatz hat 12,5 Milliarden Euro gekostet. Doch nach 20 Jahren Intervention stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Die afghanische Republik ist Geschichte und das „Islamische Emirat Afghanistan“ der Taliban ist zurück. Waffen im Wert von hunderten Millionen Dollar sind in ihre Hände gefallen. Hunderttausende Menschen müssen fliehen und um ihr Leben bangen, darunter Ortskräfte der Bundeswehr, Mitarbeiter*innen von NGOs, Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen – und alle Mädchen und Frauen, ob sie nun zur Schule, zur Universität oder einfach arbeiten gehen.

Das Fiasko zeigt: Demokratie und Sicherheit lassen sich mit dem „War on Terror“ der NATO-Staaten nicht schaffen. Hinter den gut klingenden Zielen des Einmarsches in Afghanistan haben sich bornierte Interessen verborgen: an Rohstoffen, der Abschottung gegen Geflüchtete, der Konkurrenz mit Russland und China. Im Ergebnis fehlte das Geld dort, wo es dringend gebraucht wurde und wird: bei Investitionen in soziale Entwicklung und zivile Strukturen. Der Westen hat mit korrupten Warlords paktiert und auf Militär und Sicherheitsfirmen gesetzt. So hat die NATO-Politik zur weiteren Militarisierung geführt. Profitiert haben vor allem Militärapparate und Rüstungskonzerne – der Wert ihrer Aktien hat sich in den letzten 20 Jahren fast verzehnfacht. Mehr Sicherheit hat das nicht gebracht.

So verantwortungslos wie der Einsatz verlief auch der Abzug: Es gab weder eine Ausstiegsstrategie noch Notfallpläne für Evakuierungen. Am 23. Juni stimmte die Bundesregierung gegen LINKE und Grüne, die eine unbürokratische Evakuierung der Ortskräfte und anderer bedrohter Menschen forderten. Union und SPD haben – offenbar aus Angst vor rechter Stimmungsmache im Wahlkampf – die Aufnahme von Menschen bürokratisch sabotiert. Abschieben wollte man bis zuletzt, aufnehmen so spät wie möglich. Wenn die Regierungsparteien jetzt der LINKEN Unverantwortlichkeit vorwerfen, versuchen sie nur, von ihrer jahrelangen Verantwortung abzulenken.

Afghanistan: Konsequenzen ziehen – Verantwortung übernehmen – Menschen retten!

Die LINKE fordert:

■ **Die Menschen retten – so schnell es geht und so viele wie möglich!**

Die LINKE steht für die **umfassende und schnelle Evakuierung aller gefährdeten Menschen aus Afghanistan**. Unsere Fraktion hat sich bei der Abstimmung mehrheitlich enthalten, weil der Kreis der Menschen, die in Sicherheit gebracht werden sollen, **viel zu eng ist**. Wir wollen, dass alle Ortskräfte und alle Menschenrechtsaktivist*innen gleichberechtigt gerettet werden. Wir fordern: Eine Luftbrücke um gefährdete Menschen und ihre Familien nach Deutschland zu holen. Schutz und Aufnahmeprogramme für alle Afghan*innen, die von den Taliban verfolgt werden. Direkte Aufnahme der Menschen durch die bereitstehenden Länder und Kommunen. Einrichtung von sicheren Fluchtwegen für alle Menschen, die das Land verlassen wollen. Dauerhafter Abschiebestopp und Bleiberecht für Afghan*innen in Deutschland.

■ **Konsequenzen ziehen: Schluss mit dem Geschäft mit Tod und Terror – Waffen-Exporte stoppen!**

Schluss mit **doppelten Standards!** Stichwortgeber und Finanziers der Fundamentalisten werden hochgerüstet werden, solange sie als Verbündete des Westens gelten. Allein die Bundesregierung hat seit Beginn des Militäreinsatzes den Export von **Rüstungsgütern** für mehr als 400 Millionen Euro nach Afghanistan genehmigt. Die letzten Ausfuhrerlaubnisse wurden in diesem Jahr erteilt. Und allein in den letzten 4 Jahren hat Deutschland dem Hauptsponsor der Taliban, dem pakistanischen Militär, deutsche Waffen für 300 Millionen Euro verkauft. Kein Wunder, dass diese nun massenhaft in Händen der Taliban sind. DIE LINKE fordert: Waffenexporte in den Vorderen und Mittleren Osten sofort zu stoppen! Nur so kann verhindert werden, dass noch mehr Waffen in die Hände von Fundamentalisten geraten und noch mehr Menschen in die Flucht getrieben werden.

■ **Verantwortung übernehmen: für einen sozialen Politikwechsel!**

Deutschland gibt inzwischen einen große-

ren Anteil seines Bruttosozialproduktes für Rüstung und Militär aus als die meisten Staaten dieser Welt. Diese Politik hat nicht mehr Sicherheit gebracht, sondern nur höhere Profite für Rüstungskonzerne. Doch die NATO will weiter aufrüsten. Schluss damit! Es braucht mehr soziale Gerechtigkeit weltweit statt Rüstungsexporte und Militäreinsätze. Die LINKE fordert einen **Untersuchungsausschuss** um die Verantwortung für das Scheitern zu klären. Die Interventionskriege der NATO müssen beendet werden! Wir wollen eine **andere Außen- und Sicherheitspolitik**: Weg vom Fokus auf Militär und Aufrüstung – hin zu Bekämpfung der Ursachen von Gewalt und Terror. Deswegen wollen wir massiv in Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie investieren. Das schafft wirklich mehr Sicherheit – für alle.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.